

OSTTHÜRINGER Zeitung

Die Frage der Einwohnerfragestunde

Marius Koity

Aktualisiert: 25.07.2021, 08:15 | Lesedauer: 2 Minuten



Uhren am Pößnecker Rathaus: Die Grüne/SIP-Fraktion will unter anderem die Dauer der sogenannten Einwohnerfragestunden der Stadtratssitzungen von 30 auf 45 Minuten ausweiten und glaubt, dass damit eine „Bereicherung“ der Beratungen erreicht wird.

Foto: Peter Michaelis

Pößneck. Grüne/SIP-Fraktion hat keine Geduld und kassiert im Pößnecker Stadtrat die nächste Abstimmungsniederlage.

Ein Hickhack um die sogenannte Einwohnerfragestunde endete in der jüngsten Sitzung des Pößnecker Stadtrates erst einmal ergebnislos. Bewegung gibt es vielleicht im Herbst.

Was war passiert?

Die Grüne/SIP-Fraktion beantragte die sofortige Umsetzung einer neuen Bestimmung der Thüringer Kommunalordnung, wonach Gremien wie der Pößnecker Stadtrat bei öffentlichen Sitzungen den Einwohnern Gelegenheit geben sollen, „Fragen zu gemeindlichen Angelegenheiten zu stellen oder Anregungen und Vorschläge zu unterbreiten“. Constanze Truschzinski wollte eine Änderung der städtischen Hauptsatzung dergestalt, dass die Einwohnerfragestunde nicht mehr vor jeder zweiten Stadtratssitzung für die Dauer von

maximal 30 Minuten, sondern in jeder Sitzung und für maximal 45 Minuten angesetzt wird. Sie glaubt, dass es dadurch zu einer „Bereicherung“ der Beratungen kommen würde.

Bürgermeister Michael Modde (parteilos) merkte an, dass der Gemeinde- und Städtebund Thüringen dabei sei, eine „rechtssichere Mustersatzung“ zur Einwohnerfragestunde zu erarbeiten, und plädierte dafür, bis zur nächsten Tagung des kommunalen Parlamentes Geduld zu haben. Diese ist für den 30. September terminiert und dem Bürger gehe nichts verloren, denn dann findet ja auch die nächste turnusmäßige Einwohnerfragestunde nach den jetzigen Regelungen statt.

Die Stadt sei ja nicht gezwungen, eine Mustersatzung zu übernehmen, entgegnete Truschzinski. Sie wollte die Einführung eines von Steve Richter und ihr ausgearbeiteten Hauptsatzungsparagrafen „Einwohnerfragestunde“ sofort.

Wer echte Probleme hat, läuft gleich ins Rathaus

Während Oliver Bernhardt (FDP/FW/FFW) den Sinn der Neuregelung nicht nachvollziehen konnte, meinte Charlotte Förster (Linke), dass Bürger mit echten Problemen nicht erst eine Stadtratssitzung abwarten, sondern gleich ins Rathaus laufen würden. Gerd Querengässer (Birso/UBV) fand nach weiteren nicht wirklich erhellenden Wortmeldungen, dass „um den heißen Brei herum“ geredet werde, und beantragte das Ende der Debatte.

Die große Mehrheit des Stadtrates war dafür. Und schmetterte dann auch die Grüne/SIP-Initiative zur Einwohnerfragestunde ab.

Truschzinski war schon 2015 mit dem Versuch gescheitert, dieses Dialogangebot wie in den 1990ern und Anfang der Nullerjahre wieder zum Bestandteil der Stadtratssitzungen zu machen. Zur Ansetzung der Einwohnerfragestunden vor den Sitzungen wurde die Stadt Pößneck 2004 von der Schleizer Kommunalaufsicht gezwungen.

Die Einwohnerfragestunde wird sehr unterschiedlich in Anspruch genommen. In den vergangenen Jahren gab es teils Null Interesse, teils reichten die 30 Minuten nicht, etwa als Straßenausbaubeitragspflichtige aus der Orlamünder Straße (2019) oder die um eine vernünftige Abwasser-Lösung ringenden Schweinitzer (2020) auf die sprichwörtlichen Barrikaden gingen.

<https://www.otz.de/regionen/poessneck/poessneck-die-frage-der-einwohnerfragestunde-id232878133.html>